

## Somalia – hoffnungslos?

VON HELMUT HESS

**S**omalia stirbt. Nach aktuellen Zahlen befinden sich zirka 800.000 Menschen in akuter Lebensgefahr; fast eine Million hofft, in Flüchtlingslagern im benachbarten Kenia und in Äthiopien unter völlig unzureichenden Bedingungen zu überleben; vier Millionen Menschen – fast die Hälfte der Bevölkerung – ist dringend auf Nothilfe angewiesen. Laut UN-Informationen sind wir am Horn von Afrika mit der weltweit größten humanitären Katastrophe konfrontiert.

Eine furchtbare Dürre, miserable Ernten auch auf sonst bewässerten Feldern, sterbende Vieherden, Nahrungs- und Trinkwassermangel, völlig unzureichende medizinische Versorgung, zerstörte Gebäude und zusammengebrochene Infrastruktur prägen das Bild von Süd- und Zentralsomalia. Brutale Kämpfe zwischen den Truppen der Übergangsregierung, unterstützt von afrikanischen „Friedenstruppen“ auf der einen, den radikal-islamistischen Al Shabaab-Kämpfern auf der anderen Seite, Kämpfe zwischen verschiedenen Clan-Milizen, Bombenanschläge und Selbstmord-Attentate fordern unzählige Opfer und zwingen die Bevölkerung zur Flucht in vermeintlich sicherere Gebiete.

Es ist zu befürchten, dass sich 2011 die furchtbare Hungerkatastrophe von 1991/92 wiederholt, die 240.000 Menschenleben forderte. Ohne schnelle Intervention werden diesmal noch mehr Opfer zu beklagen sein. Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft ist bisher völlig unzureichend.

Seit 1991 ist Somalia ein „zerfallender Staat“ ohne öffentliche Ordnung, ohne soziale Grundversorgung, ohne funktionierende Wirtschaft – ein Land, in dem die Bevölkerung ohne Schutz auf sich allein gestellt ist. Die international anerkannte Übergangsregierung (TFG) wird von der Mehrheit der Bevölke-

→ weiter auf Seite 2



Karikatur: Kostas Koufogiorgos

## Die Grenzen des Wachstums

Ein Kurswechsel ist überfällig

VON JOHANNES KÜSTNER

**W**irtschaftswachstum soll Geld in die Staatskassen spülen, Schuldenabbau ermöglichen und Arbeitsplätze schaffen. Es vergeht kein Tag, an dem die Medien nicht – besorgt oder erfreut – über das Thema berichten. Die Politik sieht die Förderung des Wachstums als erste Pflicht und beschließt Gesetze zu dessen Beschleunigung. Doch die Grenzen wirtschaftlichen Wachstums sind längst überschritten.

Die Kritik ist alt. Bereits in der Bibel finden sich in der Sabbat-Tradition und der Begrenzung privaten Eigentums Anregungen für eine Ökonomie des Genug. Doch unserer Gegenwartsgesellschaft sind diese Ideen ziemlich fremd. Im Nachkriegsdeutschland wurde stetiges Wirtschaftswachstum zur Selbstverständlichkeit. Als die Ölkrisen in den Siebziger Jahren dies ins Wanken brachten, wurden „Grenzen des Wachstums“ (die Studie im Jahr 1972) zwar diskutiert, aber nur am Rande der Gesellschaft.

### Kollektive Schizophrenie

Hungerkatastrophe, Klimawandel, Ressourcenübernutzung und Naturverschleiß werden nun wahrgenommen. Doch obwohl das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung steigt,

steht ein Kurswechsel noch aus. Mit trügerischer Hoffnung setzt man auf eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft, ohne das Dogma des Wirtschaftswachstums und die kulturelle Verengung auf materiellen Reichtum kritisch zu hinterfragen. Dieser Weg führt in die Sackgasse und geht auf Kosten der berechtigten Entwicklungsansprüche der armen Länder.

### Zukunftsfähig werden

Die in der Evangelischen Kirche viel diskutierte Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ beschreibt die Problematik des fortwährenden Wachstums genau und zeigt, dass eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch unrealistisch ist. Selbst eine jährliche Wachstumsrate von nur 1,5 % entspräche einer Verdopplung des Bruttoinlandsproduktes bis zum Jahre 2050. Im gleichen Zeitraum muss der fossile Ressourcenverbrauch mindestens um den Faktor 10 verringert werden. Also selbst ein schwaches Wachstum ist ökologisch nur vertretbar, wenn sich das Verhältnis von Produkten zu dafür benötigten Rohstoffen und Energie bis 2050 verzwanzigfachen würde. Doch schon von dem in der

Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung formulierten Ziel, die Ressourcenproduktivität bis 2020 lediglich zu verdoppeln, sind wir noch weit entfernt.

### Wachstum um jeden Preis?

Wir produzieren zwar immer sparsamer, aber immer mehr. Deshalb bleibt die Umweltzerstörung dieselbe. Das in Geldwerten gemessene Wachstum wäre sofort niedriger, wenn wir die ökologischen und sozialen Kosten berücksichtigten. Doch die werden auf die Gesellschaft abgewälzt. Die UnternehmerInnen und VerbraucherInnen kommen für die Umweltschäden, die sie verursachen, nicht auf. Auch wenn eine Firma Beschäftigte „freisetzt“, um ihre Rendite zu erhöhen, werden die Sozialkosten von der Allgemeinheit getragen. Die sozialen und ökologischen Kosten, die wir in Kauf nehmen, sind schon lange so hoch, dass wir nicht von Wachstum sprechen können, denn der Schaden ist höher als der Nutzen.

### Weiter, schneller, mehr?

Die meisten unserer PolitikerInnen behaupten: „Wachstum schafft Arbeit“. Doch um zusätzliche Arbeits-

→ weiter auf Seite 3

EDITORIAL



Liebe Leserin, lieber Leser,

was ist zu tun angesichts der übermächtigen Krise unseres Wirtschafts- und Finanzsystems? Die Regierenden sind getrieben von der Krisendynamik und von einem Primat der Politik kann keine Rede mehr sein. Aller Grund, sich hilflos zu fühlen. Und doch gebietet uns unser Glaube Verantwortung für unser Leben und die Auswirkungen auf Andere in allen Teilen der Welt. Jetzt im Advent freuen wir uns auf den, der kommen wird, die Mächtigen vom Thron stürzt und den Armen und Ausgegrenzten frohe Botschaft bringt. Dies gibt uns den Mut, an der Veränderung der herrschenden Verhältnisse zu arbeiten mindestens so viel, wie wir beeinflussen können. In dieser Ausgabe finden sie Anregungen, Diskussionsbeiträge und Beispiele, wie wir unserer Aufgabe gerecht werden können.

Die „anstöße“ erscheinen ab dieser Ausgabe später, einige Wochen nach der Landessynode, damit wir über die Beratungen und Beschlüsse berichten und sie kommentieren können. Damit wollen wir auch „dienstleistend“, um die Arbeit der Synode mehr bekannt zu machen. Auf unsere kritischen Kommentare können Sie sich weiter freuen.

Ihnen viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe.

Die Redaktion wünscht Ihnen einen gesegneten Advent, frohe Weihnachten und Gottes Segen für das neue Jahr.

Rainer Weitzel

**Mitglieder-  
versammlung**

17. März 2012, Stuttgart,  
Gemeindesaal der Erlöserkirche,  
Birkenwaldstraße 24

Schwerpunktthema der nächsten Mitgliederversammlung wird das Wahlprogramm für die Kirchenwahl im kommenden Jahr sein.

OFFENE KIRCHE

**Bericht**

**von der Herbsttagung der Landessynode vom 22. bis 24. 11. 2011**

**b**ericht des Landesbischofs: Zum „Jahr des Gottesdienstes“, das am 1. Advent eröffnet wurde, dachte Bischof Frank Otfried July über den „Raum in der Zeit“ nach. Der Reichtum an Gottesdiensten solle neu wahrgenommen werden. Bei aller Wertschätzung neuer Formen war es doch ein Plädoyer für den „normalen“ Gottesdienst am Sonntagvormittag.

Werner Schmückle (LG) sagte dazu: Der „inklusive Gottesdienst“, der unterschiedliche Menschen zusammenführe, entspreche nicht der Realität. Martin Allmendinger (KfM) bezweifelte, dass der Gottesdienst die Mitte der Gemeinde ist. „Was im Gottesdienst geschieht, ereignet sich auch an vielen anderen Orten“. Unterschiedliche Lebenswelten hätten unterschiedliche Bedürfnisse.

Für die OK betonte Elke Dangelmaier-Vincon: Besondere Beachtung sollten Kasualgottesdienste finden. „Wichtig sind Zeit und Raum für

eigene Spiritualität, Austausch und kreative Weiterbildung. Gottesdienste müssen nicht spektakulär, aber berührend und bewegend sein.“

Beatus Brenner (KfM): Hauskreise sind für eine Gemeinde so wichtig wie der Gottesdienst. Volker Teich (LG): Es geht um die Pflege einer „Sonntagskultur“. Joachim Beck (OK): Wer den Sonntag bewahren will, muss ihn wo möglich von Arbeit freihalten. Winfried Dalferth (EuK): Wir brauchen mediengerecht ausgebaute Kirchen. Eva Glock (EuK): Wichtig wäre eine Agende für „kleine“ Gottesdienste ohne Pfarrer. Andreas Schäfer (LG): Mehr Lobpreiselemente!

Die **Aktuelle Stunde** beantragte die OK zum Thema: „Umgang der Landeskirche mit Mitarbeitenden, die in religionsverschiedenen Ehen leben“. Hintergrund: Die Kündigung einer Vikarin im Vorbereitungsdienst, die einen Muslim geheiratet hat.

Während Synodale von „Evangelium und Kirche“ und „Lebendige Gemeinde“ auf das Pfarrergesetz poch-

ten und Konflikte durch religionsverschiedene Ehen im Verkündigungsdienst des Pfarrers fürchteten, bezog sich Dr. Harald Kretschmer (OK) auf das Pauluszitat: „Der Ungläubige wird durch den Gläubigen geheiligt“ und erinnerte an das Priestertum aller Gläubigen. Joachim L. Beck forderte eine grundsätzliche Diskussion zur Rolle des Pfarrhauses: „Wie kann die friedensstiftende Aufgabe des Christentums in einer multikulturellen Situation gelebt werden?“ Inkulturatio- des Evangeliums bedeute, wegen der unübersichtlichen Situation der multikulturellen Gesellschaft über Veränderungen der Leitbilder – auch des Pfarrhauses – im 21. Jahrhundert nachzudenken. Dies unterstrich Erich Haller, denn die Kirche habe sich in den Gemeinden und in theologischen Konzepten weiterentwickelt.

Marion Scheffler-Dunker bat, die Erwartungen an EhepartnerInnen zu bedenken. Geheiratet werde der Mensch, nicht die Kirchengemeinde oder die Kirche. Dr. Waltraud Bretzger

erinnerte an verschiedene Konfliktfälle der letzten Monate und wünschte sich Sensibilität und „Gnade vor Recht“. Wie Dr. Kretschmer bedauerte auch Susanne Mauch-Friz, dass die Kirche durch die Personalentscheidung beliebte und engagierte Menschen verloren habe. Die Wahrnehmung der Gesellschaft sei hier deutlich anders als das synodale Denken. „Ich habe Lust auf eine offene, lebendige Kirche. Wir müssen uns bewegen in Sprache und Miteinanderleben!“

OKR Wolfgang Traub nannte die Gefahr, die entstehen könne, wenn Ehepartner weit von der Überzeugung des Pfarrers und dessen Auftrag entfernt seien. Nach dem Pfarrerdienstrecht ist die Eheschließung anzuzeigen und eine Ausnahmeregelung zu beantragen, wenn der Partner/die Partnerin nicht evangelisch ist. Es fänden dann Gespräche in menschlicher und sensibler Atmosphäre statt. Bei ACK-Mitgliedern sei die Ausnahme kein Problem. Der Vorbereitungsdienst ziele aber auf Ordination, er ist „keine Ausbildung im engeren Sinne“.

**Pfarrplan 2018:** Wegen zurückgehender Kirchenmitgliedertzahlen müssen weitere Pfarr-

stellen eingespart werden. Die Kirchenbezirke erhalten die Zahlen und sollen bis Ende nächsten Jahres Vorschläge für die Umsetzung machen.

**Haushaltsplan 2012:** Martin Plümicke (OK) bedauerte in seinem Votum, dass trotz der gestiegenen Einnahmen bei wichtigen Stellen gekürzt wird, wie beim Umweltauftrag, der Gleichstellungsbeauftragten, beim Müttergenesungswerk, der Akademie in Bad Boll und anderen. „Wir halten das Sparpaket nach wie vor für falsch und befürchten, dass unsere Landeskirche in einem nicht zu verantworteten Maße geschwächt wird. Unsere Kritik an den Kürzungen bleibt bestehen wie die unermüdete Mahnung, die nötigen Strukturreformen mit Mut und Zuversicht anzugehen.“ Gemeint ist, dass sich Kirchenbezirke mit Landkreisen decken und Kirchengemeinden zu Gesamtgemeinden zusammenschließen, um Geld zu sparen. Für Letzteres ging ein OK-Antrag durch, der OKR solle bis zur Frühjahrstagung 2012 Kriterien für die Funktionsfähigkeit eines Kirchenbezirks entwickeln und Zielangaben für die Landkarte 2030 mit den Kirchenbezirken entwerfen.



**Mission als zentrales Thema der Kirche:**

Gertrud Dorn (EuK) sagte für den Ausschuss Mission, Ökumene und Entwicklung: Mission ist Grundlage und „Lebensausdruck“ der Kirche. Ein wichtiges ökumenisches Dokument sei der Verhaltenskodex „Das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt“, den Vatikan, ÖRK und Evangelische Allianz im Juni 2011 verabschiedeten.

Joachim Beck stellte für die OK fest, es gehe bei Mission nicht um Mitgliedererwerb, sondern um die „gewaltfreie, absichtslose Werbung für die Schönheit eines Lebenskonzeptes (F. Steffensky). Anne Hettinger (LG) brachte den Antrag ein, Pro Christ mit 200 000 € zu unterstützen, der an den Finanzausschuss verwiesen wurde.

Joachim L. Beck  
und Gerhard Schubert

LESERBRIEF

**zu Anstöße 4/März 2011:  
„Die Landeskirche bleibt in  
der Monarchie“**

Die staatliche Strukturreform „vor über 35 Jahren (!)“ hat – auch nach Meinung von Fachleuten – nur wenig Positives gebracht. Weshalb dann den Fehler wiederholen?

Was die Wahl der Oberkirchenräte und Prälaten durch die Synode betrifft, so wäre ich durchaus Freund von mehr Transparenz und „Demokratie“ in unserer Kirche. Das Beispiel der römischen „Stiefgeschwister“, die von einem exklusiven Klüngel uralter Greise mit einem – nicht unbedingt biologisch, aber ideologisch – ultraalten „Oberhaupt“ diktatorisch regiert werden, ist abschreckend genug.

Aber Vorsicht! Wenn es nach den demokratischen Mehrheitsverhältnissen in der Synode ginge, dann bekämen wir nur noch Oberkirchenräte und Prälaten à la Scheffbuch und wir in der ehemaligen Prälatur Ludwigsburg hätten keine Prälatur Margenfeld bekommen.

Und das wäre aus meiner Sicht kein angenehmes Ergebnis der „Demokratisierung“.

Hansjörg Ludwig, Oberstenfeld

→ Fortsetzung von Seite 1, links

rung nicht anerkannt, denn sie ist bekannt für Korruption und Misswirtschaft und nicht in der Lage, das Land wirtschaftlich und politisch zu stabilisieren. Ohne die Unterstützung von afrikanischen Truppen (AMISOM), Ausbau und Training von eigenen Truppen mit Unterstützung der EU (auch Deutschland) sowie direktes und indirektes militärisches Eingreifen der USA im „Kampf gegen den Terror“ hätte die TFG keine Chance zu überleben.

Andererseits führen die Kämpfer der Al Shabaab einen gnadenlosen Krieg zur Errichtung eines islamistischen „Gottesstaats“ nach Vorstellungen, die mit dem Islam nicht zu rechtfertigen sind. Mit brutaler Auslegung und Anwendung der Sharia-Gesetze, Zwangsrekrutierungen, Zwangsheiraten sowie Ablehnung von Hilfe internationaler, westlicher und christlicher Organisationen wird die Bevölkerung eingeschüchtert, unterdrückt und von Hilfsmaßnahmen ausgeschlossen.

Beide Seiten lehnen mit unterschiedlicher Begründung Verhandlungen ab; die internationale



Gemeinschaft einschließlich der EU und Deutschland ist nicht bereit zu Gesprächen mit Al Shaabab. Alle militärischen Interventionen haben mehr zur Zerschlagung lokaler Strukturen und Radikalisierung der islamischen Gruppen als zur Stabilisierung des Landes beigetragen.

Angesichts der dramatischen Entwicklungen ist es jetzt dringend nötig, humanitäre Hilfe zu leisten, ohne damit politische oder gar militärische Ziele zu verfolgen. Es gibt keine Alternative zu Verhandlungen mit allen Konfliktparteien. Überzeugungs-

arbeit und politischer Druck sind notwendig, sowohl gegenüber der Übergangsregierung als auch den Al Shaabab-Rebellen. Auch von der Bundesregierung wird eine Somalia-Politik erwartet, die sich nicht auf Piratenbekämpfung konzentriert, sondern sich konsequent und ohne politische Tabus für Verhandlungen und humanitäre Hilfe einsetzt.

Helmut Hess ist Leiter von Daryeel Bulsho Guud (DBG), die von Diakonie Katastrophenhilfe, Brot für die Welt und der Caritas unterstützt wird.

→ Fortsetzung von Seite 1, rechts

plätze zu schaffen, müsste das Wirtschaftswachstum über längere Zeit deutlich höher sein als die Steigerung der Arbeitsproduktivität je Arbeitskraft. Weil das aber in den letzten 40 Jahren nicht der Fall war, ist dies eine höchst fragwürdige Zukunftsstrategie.

Ein zweiter gesellschaftlicher Irrtum ist die Annahme, dass uns die stete Steigerung materiellen Wohlstandes glücklicher macht. Nachweislich hat sie aber ab einem bestimmten Niveau keine Auswirkungen mehr auf die Lebenszufriedenheit der Menschen.

**Kurswechsel**  
Die Hauptaufgabe besteht darin, unsere Gesellschaft so umzubauen, dass ein gutes Leben für alle möglich wird, ohne dass Sozialsysteme und Schuldenabbau vom Wachstum unserer Wirtschaft abhängen. Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ benennt Möglichkeiten: Eine neue Verteilung der Erwerbsarbeit, die Besteuerung von Ressourcen anstatt von Arbeit und die Entwicklung ökologischer Wohlstandsmodelle kön-

nen den Drang zum Wachstum überflüssig machen. Dann können endlich Klimaschutz und Gerechtigkeit im Zugang zu Ressourcen sowie im Welthandel umgesetzt werden, ohne gegen den Imperativ des Wirtschaftswachstums ausgespielt zu werden. Dafür braucht die Politik aber andere Maßzahlen als das Bruttoinlandsprodukt. Die Enquete-Kommission des Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat den Auftrag, alternative Wohlstandsindikatoren, wie beispielsweise den Nationalen Wohlfahrtsindex vorzuschlagen.

**Leben in Fülle**  
Die Notwendigkeit, Maß zu halten, führt nicht zu Lebensfeindlichkeit oder zu Freudlosigkeit. Jesus sagt: „Ich bin gekommen, damit sie das Leben in Fülle haben.“ (Joh 10,10). Was aber bedeutet Leben in Fülle? Ein möglichst großes Haus zu haben, eine schicke Limousine zu fahren, jeden Tag ein Schnitzel zu essen, jedes Jahr in den Urlaub zu fliegen und regelmäßig einen neuen Fernseher zu kaufen?  
„Alles ist mir erlaubt, aber es soll mich nichts gefangen nehmen“, heißt es bei Paulus. „Maß hal-

ten“ bietet die Chance, sich von Dingen und Gewohnheiten zu befreien, die gefangen nehmen. Gemeinschaft, Essen, Trinken, Zärtlichkeit, Natur, Musik, Licht, Bewegung – das alles dankbar zu genießen und als Geschenk Gottes zu begreifen, ist ein wichtiger Schritt hin zu einem Leben in Fülle.

**Das Private ist politisch**  
Zukunftsfähige Lebensstile sind die kulturelle Voraussetzung für die Abkehr vom Wachstumswahn. Die Veränderung der Gesellschaft gelingt jedoch nicht durch einige umweltfreundlichere Haushalte. Sie muss politisch gewollt und gelenkt werden. Die kreative Verringerung des persönlichen ökologischen Fußabdrucks muss deshalb einhergehen mit politischer Einmischung. Wir müssen eine zukunfts-fähige Gesellschaft einfordern.

JOHANNES KÜSTNER IST  
ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTLER  
UND PSYCHOLOGE UND ARBEITET  
ALS BILDUNGSREFERENT  
BEI „BROT FÜR DIE WELT“,  
DER HILFSAKTION DER EVANGELISCHEN KIRCHEN UND  
FREIKIRCHEN IN DEUTSCHLAND.

→ ZUM WEITERLESEN:

BUND, Brot für die Welt, EED (Hg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Frankfurt a.M. (14,95 Euro im Buchhandel oder bei „Brot für die Welt“: vertrieb@diakonie.de, Art.Nr. 117302010)

Brot für die Welt, EED (2011): Darf’s ein bisschen mehr sein? – Von der Wachstumsgesellschaft und der Frage nach ihrer Überwindung. (kostenlos zu beziehen bei „Brot für die Welt“: vertrieb@diakonie.de, Art.Nr. 119104040)

Brot für die Welt, EED (2009): Den Kurs wechseln – neue Wege gehen – Zukunft fair teilen. Eine Arbeitshilfe zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“. (kostenlos zu beziehen bei „Brot für die Welt“: vertrieb@diakonie.de, Art.Nr. 117110050)



BUCHTIPP

Erhard Eppler: **Eine solidarische Leistungsgesellschaft**. Epochenwechsel nach der Blamage der Marktradikalen, J. H. W. Dietz Verlag Bonn 2011, 135 S., 15,90 €



1975 veranstaltete die Kirchengemeinde Waldhäuser-Ost eine öffentliche Diskussion mit Erhard Eppler über das damals neue Buch „Ende oder Wende“, in dem er für Deutschland die Grenzen des Wachstums beschrieb und eine alternative Politik forderte. Er verlor dafür die Landtagswahl, auch die Unterstützung seiner Partei und „die Grünen“ begannen ihren Siegeszug. Heute sind die Herausforderungen angesichts der Klimakatastrophen noch dringender und auch konservative Denker suchen nach „Wohlstand ohne Wachstum“. Eppler macht dafür in seinem neuen Buch Vorschläge und warnt: „Nicht nur abflauendes Wirtschaftswachstum wird uns daran hindern, dem Thema Verteilungsgerechtigkeit auszuweichen, ohne sozialen Ausgleich wird es keinen inneren Frieden geben.“ (S. 55)

Ein besonderes Lesevergnügen bereiten seine Analysen der Sprache der Politiker. So wird gern Leistung und Erfolg verwechselt. Bei den Begriffen „öffentlich“ und „privat“ haben sich die Wertungen verschoben. Dass Privateigentum dem Gemeinwohl dienen muss, ist weithin in Vergessenheit geraten. Letztlich ist immer zu fragen, was eigentlich Lebensqualität ausmacht. Gern wird gegenwärtig das „christliche Menschenbild“ beschworen. Dieses wäre aber durch Kooperation und nicht durch Konkurrenz gekennzeichnet. Letztere wird schon im Kindergarten gelernt. Zum christlichen Menschenbild gehört, dass man von seiner Arbeit den Lebensunterhalt bestreiten kann. „Wer sich mit dem Vorrang des Marktes abfindet, braucht über Menschenbilder nicht mehr zu reden.“ (S.91) Eppler wundert sich, warum die Kirchen der marktradikalen Ideologie nicht widerstehen. Deswegen organisieren sich viele Christen lieber in freien Gruppen, sehr zum Schaden des Gemeindelebens. Vielleicht könnte aber dieses Buch manchen Gemeindekreis zu eigenen Gedanken anregen.

Wolfgang Wagner



## „Schmeckt den Wert – regional und fair“

Die landesweite Kampagne wurde im Rahmen der „Fairen Woche 2011“ in Stuttgart eröffnet.

Die Arbeitsgemeinschaft Ländliche Erwachsenenbildung e.V. (ALEB) und der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB) rufen gemeinsam auf zu Informations- und Aufklärungsaktionen. Mit dieser landesweiten Kampagne wollen die Aktionspartner bis Ende 2012 Verbraucherinnen und Verbraucher dafür sensibilisieren, dass bäuerliche Landwirtschaft nur mit angemessenen Erzeugerpreisen und fairen Handelsbeziehungen nachhaltig erhalten werden kann. Als Mitglieder im Netzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg“ wollen ALEB und DEAB einen Beitrag leisten zu nachhaltiger Landwirtschaft und Ernährung.

Eine 20-seitige Arbeitshilfe gibt viele wertvolle Hintergrundinformationen zu den drei Lebensmitteln Äpfel, Eier und Schokolade. Neben Tipps für den Einkauf wird aufgezeigt, wie Nahrungsmittel lokal und regional produziert bzw. gehandelt werden, wie Umwelt, Handelsbeziehungen, Konsumverhalten u. a. Qualität und Preise beeinflussen.

Das Weltspiel „Wie gerecht ist die Welt?“ bietet interessierten Gruppen eine Möglichkeit, sich mit den Themenbereichen „Gerechte Handelsbedingungen“, „Verteilung von Nahrungsmitteln“ und „Faire Preise für Bäuerinnen und Bauern weltweit“ auseinanderzusetzen.

Den eigenen Lebensstil sowie das Konsum- und Einkaufsverhalten zu überdenken, ist in unserer heutigen Wegwerfgesellschaft notwendiger denn je. Dringend geboten ist, lokal und global zu denken und

zu handeln und aktiv Politik mit dem Einkaufskorb zu betreiben.

Die Eröffnung der Kampagne gerade in der „Fairen Woche“ setzt mit diesem Projekt Zeichen der Wertschätzung unserer Lebensmittel und der Solidarität mit Bäuerinnen und Bauern hier und in Ländern des Südens. An Tagen, wie etwa dem Erntedankfest, dem Welternährungstag, dem Weltverbrauchertag, dem Weltladentag, dem Weltbauerntag, den

Schöpfungstagen und in der Fairen Woche sollen vor Ort im gemeinsamen Netzwerk Aktionen in die Öffentlichkeit gehen.

Die Arbeitshilfe „Schmeckt den Wert – regional und fair“ wurde dankenswerterweise gefördert durch den Evangelischen Entwicklungsdienst und ist erhältlich beim DEAB ([www.deab.de](http://www.deab.de)).

CHRISTA HESS

## Aktionspartner

ARBEITSGEMEINSCHAFT LÄNDLICHE ERWACHSENENBILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (ALEB)

Dachverband der Bildungsträger im ländlichen Raum seit 1967. 22 Mitgliedsorganisationen sind zusammengeschlossen mit dem Ziel, Angebote der Erwachsenenbildung und verlässliche Rahmenbedingungen weiter zu entwickeln.

- Dazu zählen:
- Bildungs- und Sozialwerke der drei Landfrauenverbände
  - die drei Landjugendverbände
  - Ländliche Bildungszentren
  - kirchliche Bildungseinrichtungen,
  - Verband landwirtschaftlicher Fachbildung Baden-Württemberg e. V.
  - Dorfhelferinnenwerke

[www.aleb-bw.de](http://www.aleb-bw.de)

DACHVERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK IN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (DEAB)

Gegründet 1975 bilden heute 129 Weltläden, Eine-Welt-Initiativen, entwicklungspolitische Organisationen und Netzwerke in Baden-Württemberg den DEAB. Zentrale Aufgaben des Dachverbandes sind die Förderung seiner Mitglieder durch Information, Vernetzung, Fortbildung und die politische Vertretung ihrer Anliegen.

- Inhaltliche Schwerpunkte und aktuelle Arbeitsfelder sind:
- der Faire Handel und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit
  - nachhaltige öffentliche Beschaffung
  - nachhaltiger Konsum und Lebensstil
  - Globales Lernen
  - Mit der SüdZeit, dem Eine-Welt-Journal Baden-Württemberg, bringt der DEAB im Land entwicklungspolitische Themen auf die Tagesordnung

[www.deab.de](http://www.deab.de)

RECHTSEXTREMISMUS

# Erschreckende deutsche Zustände

VON RAINER WEITZEL

Wenn es um rechte politische Umtriebe in Deutschland geht, ist die öffentliche Wahrnehmung in der Regel auf die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien oder auf rechtsradikale Gewalttaten fokussiert. Gerade dann aber, wenn rechtsextremes Wahlverhalten zurückgeht oder rechtsextreme Straftaten abnehmen, gerät die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen aus dem Blick.

Eine Bielefelder Forschungsgruppe um den bekannten Soziologen Wilhelm Heitmayer untersucht seit zehn Jahren in einer Langzeitstudie rechtsextreme Einstellungen in Deutschland (veröffentlicht unter dem Titel „Deutsche Zustände“ im Suhrkamp Verlag Frankfurt/M). Da der Begriff *Rechtsextrem* wissenschaftlich nicht genau genug zu erfassen ist, verwenden die Forscher den Begriff *gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* für ihre Untersuchung. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit meint die Ablehnung ganzer Gruppen: Ausländer, Türken, Homosexuelle, Sozialhilfeempfänger etc. Nach Feststellung der Forscher nimmt die Ablehnung ganzer Grup-



pen signifikant zu, und zwar nicht an den Rändern, sondern in der Mitte der Gesellschaft. Also nicht, wie oft geglaubt, die Verlierer der wirtschaftlichen Krisen, sondern die Erfolgreichen grenzen sich in zunehmendem Maße von allem Anderssein ab.

So stimmen etwa ein Drittel der Befragten Aussagen, wie: „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“; „wenn Arbeitsplätze knapp werden soll man Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ aber auch: „der Ein-

fluss der Juden ist heute immer noch zu groß“, zu.

Besonders erschreckend, dass diese Einstellungen bei bekennenden Kirchenmitgliedern etwa gleich stark verbreitet sind. Und: bei Protestanten sind Ausländerfeindlichkeit und Homophobie verbreiteter als bei Katholiken.

Aller Grund für Gemeinden, kirchliche Gruppen und Kirchenleitungen, diesen Einstellungen entgegenzuwirken. Die Kirche Jesu Christi, die nach dem Evangelium sich richtet, darf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht hinnehmen, schon gar nicht bei ihr nahestehenden Menschen. Es gilt, der Botschaft, dass jeder Mensch ein Ebenbild Gottes ist und dass uns im Nächsten Christus selbst begegnet, Gehör zu verschaffen.

Auch die kirchenpolitischen Vereinigungen haben eine Aufgabe, unter ihrer Mitgliedschaft und in Kirche und Gesellschaft aktiv gegen menschenfeindliche Einstellungen vorzugehen. Deshalb ist die Offene Kirche Gründungsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechts extremismus.

SPLITTER

## STARKE WORTE

Sie ist eigentlich keine eifrige Debattenrednerin, die württembergische EKD-Synodale Christel Hausding. Die sachliche Anfrage eines Jugenddelegierten, wie denn das Diakonische Werk der EKD mit den Gruppierungen umgehe, die Homosexualität für therapierbar halten, beantwortete Diakoniepräsident Stockmeier ebenso sachlich wie erschöpfend, man sei mit diesen Einrichtungen und Gruppen in kritischem aber konstruktivem Dialog. Diese Anfrage brachte Frau Hausding dazu, ans Mikrofon zu treten und den fragenden jungen Mann der üblen Nachrede zu bezichtigen. Offensichtlich gehören sachliche Fragen nicht zu dem, was Frau Hausding zulassen möchte, wenn es um bestimmte Gruppierungen in der Kirche geht.

Rainer Weitzel

PERSONALIEN

In Esslingen wurde auf Betreiben von Pfarrer Romeo Edel der Energieberater **THOMAS JANSSEN** als Klimaschutzmanager der Gesamtgemeinde angestellt. Er soll mit der 25%-Stelle für effektiven Energieeinsatz bei Gemeindegebäuden und Haustechnik sorgen. Janssen, der der erste festangestellte Klimaschutzmanager in der württembergischen Landeskirche ist, engagierte sich in der Ökoprofit-AG-Gruppe.



**HARTMUT ZWEIGLE**, Betriebsseelsorger im Kirchenbezirk Böblingen, wurde am 17. Oktober zum Vorsitzenden des Württ. Pfarrvereins gewählt. Er übernimmt am 1. Januar 2012 das Amt von Schuldekan i. R. **CHRISTIAN BUCHHOLZ**, der es neun Jahre inne hatte.



Wechsel in der Landessynode: Der OK-Synodale **ERICH HALLER**, Dekan i.R., ist jetzt Vorsitzender des Ausschusses für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit und **DR. WALTRAUD BRETZGER** übernahm seinen Platz als stellvertretende Vorsitzende im Diakonie-Ausschuss.

Die Geschäftsführerin des Ev. Schulwerks, **INGEBORG SOLLER-BRITSCH**, ging im Juli in Ruhestand. Die leidenschaftliche Lehrerin, die 18 Jahre im Dienst der württ. Kirche arbeitete (s. Heft 2/2009), begrüßt die Pläne, Gemeinschaftsschulen einzuführen, sehr.





Von links nach rechts: der Schorndorfer Imam, sein Dolmetscher und Pfarrer Christian Führer

FRIEDENSGEBETSGRUPPEN

## Kirche als Friedensbewegung Gottes auf Erden!

VON EBERHARD BRAUN

In vielen Städten des Landes treffen sich Woche für Woche Menschen zu Friedensgebeten. Die Schorndorfer Aktiven der Offenen Kirche um Hans-Martin Tramer und Christa und Helmut Hess haben nun das 16. bundesweite Vernetzungstreffen der ökumenischen Friedensgebetsgruppen in Schorndorf organisiert. Rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter eine Leipziger Gruppe mit Christian Führer, waren zwei Tage lang im intensiven Austausch über die Botschaft der Friedenskonzokation von Jamaica: „Als ökumenische Friedensgebetsgruppen wollen wir beitragen zur Überwindung von Gewalt.“

Am 11. September 2011 wurde das Schorndorfer Wort zum Gerechten Frieden – in der Gemeinschaft – mit der Erde – in der Wirtschaft – zwischen den Völkern, beschlossen. Zu den herausragenden Aussagen und Forderungen gehören:

- Kinder und Jugendliche stark und selbstbewusst machen! Gewalt in den Medien bekämpfen!
- Das Aktionsbündnis in Winnenden wird unterstützt bei der Forderung: „Keine großkalibrigen Waffen in privater Hand“.
- Die Beheimatung von Fremden muss zur Pflichtaufgabe jeder Kirchengemeinde werden.
- Der gesetzlich verankerte Atomausstieg muss unumkehrbar bleiben.
- Selbstverpflichtung zu größtmöglicher Einsparung beim Energieverbrauch.
- Kirchen verwenden ausschließlich regenerative Energie.
- Jede Kirchengemeinde führt ein ökologisches Zertifizierungsverfahren durch (Grüner Gockel, Hahn, etc.): Kirche wird klimaneutral.
- Verantwortlicher und nachhaltiger Umgang mit Wasser wird selbstverständlich und willkürliche Verschmutzung von Gewässern aufgrund wirtschaftlicher Interessen wird geächtet.

- Erschüttert und empört sind die Unterzeichner über Ölverschmutzung und die gewaltige Ansammlung von Kunststoffmüll in den Weltmeeren und den sinnlosen Tod vieler Tiere. Sie fordern die Entwicklung weg vom linearen Wachstumsdenken hin zu nachhaltigem Denken und Handeln in Kreisläufen. Als Christen und als Kirchen wollen sie nicht länger Teil dieses ungerechten, den Frieden gefährdenden Wirtschaftssystems sein und davon profitieren.
- Es wird eine solide Grundversorgung, z. B. durch bedingungsloses Grundeinkommen und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gefordert. Die Wirtschaft darf nicht die Politik bestimmen, die Wirtschaft muss in den Dienst des Lebens gestellt werden!

Die Friedensgebetsgruppen verstehen die christliche Kirche als Friedensbewegung Gottes auf dieser Erde. Sie vertreten

- die „Überwindung der Institution des Militärs im 21. Jahrhundert“ als Forderung an Kirchen und Regierungen.
- Dass die Wehrpflicht ausgesetzt wurde, wird als erster Schritt empfunden, dem
- die vollständige Abschaffung des Militärs in Deutschland folgen muss.
- Um der Schutzverantwortung für bedrohte Menschen gerecht zu werden, soll Deutschland Freiwillige zur Verfügung stellen für einen internationalen Schutz mit rechtsstaatlicher Polizeifunktion.
- Dankbar begrüßt wird die Initiative der Ev. Landeskirche in Württemberg, sich für Rüstungskonversion einzusetzen.

Die ökumenischen Friedensgebetsgruppen verpflichten sich, nicht nachzulassen im Bemühen, Kirchenleitungen und Kirchengemeinden dahin zu bewegen, sich als

Friedensbewegung Gottes auf Erden zu verstehen,

- die Friedensbotschaft Jesu ernst zu nehmen,
- konkrete Schritte auf dem Weg zum gerechten Frieden zu tun und
- ihr kirchliches Wächteramt deutlich gegenüber Christinnen und Christen, Gesellschaft und Politik wahrzunehmen.
- Vor dem Horizont der Erfahrung der Friedlichen Revolution 1989 in Deutschland werden die Friedensgebete als notwendiger Beitrag zum gerechten Frieden gesehen.

Mit der eindrucksvollen Predigt von Christian Führer beim Abendmahlsgottesdienst in der Stadtkirche und einer interreligiösen Kundgebung zum 11. September auf der Schorndorfer Kirchenstaffel hat das 16. bundesweite Treffen der ökumenischen Friedensgebetsgruppen einen ermutigenden Abschluss gefunden. Das 17. Treffen soll 2012 in Kiel stattfinden.

→ Das „Schorndorfer Wort“ und die Predigt von Christian Führer finden Sie unter [www.offene-kirche.de](http://www.offene-kirche.de)



EHRENAMT

## Ehrenamtliches Engagement – es gibt viel zu tun!

VON EBERHARD BRAUN



PROF. DR. THOMAS OLK

für mehr staatliche Förderung von Qualifizierungsangeboten, eine Vereinheitlichung der Nachweise ehrenamtlicher Tätigkeiten und eine größere Wertschätzung von im Ehrenamt erworbenen Qualifikationen setzen sich Kirchen und kirchliche Initiativen in Deutschland ein. Vom 30. September bis 1. Oktober 2011 trafen sich in Erfurt unter der Überschrift „Kompetent und qualifiziert: Wir engagieren uns!“ rund 350 ehrenamtlich Engagierte und in der Engagementförderung hauptberuflich Tätige.

„Die im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen sind für unsere Gesellschaft von unschätzbarem Wert“, unterstrich Karin Kortmann, Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Die mit erheblichem Aufwand organisierte und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Tagung war

die zweite ihrer Art. Anlass war das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011. Weitere Tagungen sollen möglicherweise folgen. Ob es viel Wert hat, kann man allerdings fragen. Die öffentliche Resonanz war und ist schwach. Dabei engagiert sich immerhin die Hälfte der Ehrenamtlichen im Raum der Kirchen, vor allem Frauen über 60 Jahre. Das Engagement von Jugendlichen dagegen wird zunehmend erschwert. Durch die Verkürzung der Schulzeit und die Verschulung der Studiengänge fehlt vielen einfach die Zeit. Prof. Dr. Thomas Olk, Vorsitzender des Bundesnetzwerks bürgerschaftlichen Engagements (BBE), sagt: „Die stromlinienförmige Biografie eines jungen Menschen besteht eigentlich nur noch darin, sich optimal auf eine ungewisse Zukunft auf globalisierten Arbeitsmärkten vorzubereiten und dabei bleibt natürlich das nicht regulierte und nicht auf die Zukunft bezogene Handeln von jungen Menschen, also Partizipation, Freizeit, Jugendkultur, also alles das, was Jugend sonst auch noch ausmacht und wichtig ist für die Entwicklung einer vollständigen, umfassenden Persönlichkeit, auf der Strecke“.

Der Kongress fordert hier Veränderungen, um Anreize für freiwilli-

ges Engagement zu schaffen. Die Herausforderung und Chance für die Kirchen ist die ökumenische Vernetzung und der interreligiöse Horizont. Es gilt Beteiligungsformen zu entwickeln, die auch bisher eher abseits stehende Menschen in die Lage versetzen, mitzuwirken und sich einzumischen. Der Kongress übte deutliche Kritik an der Konstruktion des Bundesfreiwilligendienstes. Er sei in der jetzigen Form nicht geeignet, freiwilliges ehrenamtliches Engagement zu fördern und stehe in einer ungeklärten Spannung zu vorhandenen Diensten (Freiwilliges Soziales Jahr). Ansonsten wiederholen und bekräftigen Thesen, Ergebnisse und Forderungen, was zum Teil schon länger bekannt ist und gefordert wird, unter anderem auch im Ehrenamtspapier der OK Württemberg:

„Ehrenamt kostet Geld. Ehrenamt will und muss gefördert werden. Ehrenamt muss attraktiv werden.“ Ehrenamt darf nicht Hauptamt ersetzen. Ehrenamt darf nicht Lückenbüßer-Funktion bekommen. Arbeit und Fortbildung von Haupt- und Ehrenamtlichen sollte gemeinsam kollektiv geschehen.

→ Links: [www.wir-engagieren-uns.org](http://www.wir-engagieren-uns.org)  
[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)

ZWISCHENRUF

### Der Papst und wir

Nun ist er zurück in Rom, Benedikt der XVI., und Deutschland fragt sich nun, nachdem wir uns alle einmal geschüttelt haben, was sich eigentlich ereignet hat.

Ein gelehrter alter Herr, der ziemlich reaktionär denkt, ist durch die ganz und gar unheilige Allianz zwischen infantiler Religiosität und der Bildersucht der Medien einige Tage zum Popstar der ansonsten eher ereignisarmen merkelschen Bundesrepublik stilisiert worden. Dabei handelte es sich bei den vielen religiösen Megaevents, bei denen man wirklich nur die Zähigkeit des alten Mannes bewundern konnte, um Feiern des Bestehenden und die Botschaft war ziemlich weltabgewandt und wenig freiheitsliebend. Wer die freie Gesellschaft als „Diktatur des Relativismus“ bezichtigt, enthüllt eine im Kern despotische Theologie. Der will eine autokratische Kirche, wie sie die katholische Kirche nach Benedikts Auffassung immer war und wieder werden muss. Als hätte es den Streit um das Papsttum nie gegeben. Der schafft nach Hegel eine Religion, die sich in goldene Gewänder hüllt, aber keine innere Denkbewegung kennt. Die ein letztes Mal glänzt, bevor sie im Geist erstarrt.

Von diesem Papst erwartete die Führung des Protestantismus nun entgegenkommende Schritte. Welch ein Irrtum! Bestätigt wurde uns, dass wir weiter als Sektierer angesehen werden, die entweder bereuen oder draußen bleiben. Dass das Wahre und Gute nicht verhandelbar sei und mit uns schon gar nicht, dass Martin Luther vielleicht ein guter Christ war, gut Gemeintes eben auch falsch ist. Benedikt wie gehabt, also keine Überraschung.

Bedenklich finde ich die offensichtliche Sehnsucht vieler unserer leitenden Geschwister nach Anerkennung durch den Heiligen Vater. Ich habe die Reformation immer so verstanden, dass wir die Fortsetzung der einen heiligen, katholischen Kirche sind und Rom umkehren muss. Mit diesem Selbstbewusstsein ausgestattet, hätte sich die Begegnung mit Benedikt XVI. vielleicht anders gestaltet.

Nachsatz: Vermutlich ist das alles aber eh nicht wichtig, denn Christus baut sich seine Kirche und da sind wir alle Geschwister, an der Basis der Kirchen wird die Una Sancta längst gelebt.

Rainer Weitzel

**Offene Kirche JK**  
Evangelische Vereinigung in Württemberg

**Offene Kirche Geschäftsstelle**

Gunter Kaden  
Am Bronnenbühl 2

73337 Bad Überkingen

**Mehr Inhalt,  
mehr Vielfalt,  
mehr Biss**

# Wagner hören?

VON EBERHARD BRAUN

**d**a sitze ich und höre Wagner! Nibelungen-Zyklus.

Vor ein paar Wochen, wenn mir da einer gesagt hätte...! Ich hab's nämlich nicht so mit Richard Wagner. Dass Theodor Heuss – auch als Bundespräsident – um Bayreuth immer einen Bogen gemacht hat, finde ich immer noch bewundernswert. Jetzt aber sitze ich da und höre Wagner. Ein Satz hat mich auf eine Spur gesetzt. Ich will mein Ressentiment überprüfen. Der Satz: „Die komplizierten Schachtanlagen und Hüttenwerke des Ruhrgebietes ... vereinfachen sich zu den Werkstätten Nibelheims, die Anonymität des Kapitals, die Unsicherheit des Aktionärs enthüllt sich im verschleierte Tarnhelm. Die dämonische Kraft des Ringes, d. h. des kapitalistischen Macht- und Profitstrebens, durchdringt alle Beziehungen, löst alle Bindungen, Rechte und Sitten auf. Die von altersher herrschenden Gewalten – hier heißen sie Götter – verstricken sich im kapitalistischen Gestrüpp, und die Welt wartet auf den Menschen. Auf den Menschen, der durch Verzicht auf Besitz und Gewinn die Kraft zur befreienden Tat findet und Götter und Zwerge ablöst.“

Ich habe diese Interpretation Wilhelm Beidlers gelesen und gedacht: Wenn dem so wäre, dann beschreibe Wagners Werk dramatisch unsere Wirklichkeit im überbordenden, hemmungslos gewordenen Global-Kapitalismus: „Die dämonische Kraft ... löst alle Bindungen, Rechte und Sitten auf. ... die Welt wartet auf den Menschen, der durch Verzicht auf Besitz und Gewinn die Kraft zur befreienden Tat findet!“ Das ist in vollem Gang. Nach Menschen, Firmen, Banken frisst die dämonische Kraft jetzt Staaten. Marion Gräfin Dönhoff schrieb im September 1989: „Man kann nur hoffen, dass Europa irgendwann zu seiner ursprünglichen Rolle zurückfindet und dafür sorgt, dass eine philosophische Dimension in die politische Diskussion und in die Vorstellung, die unsere Welt prägen, Eingang findet. Mit anderen Worten, dass die Fragen nach dem Sinn von Arbeit und Produktion, nach den Grenzen der Macht, dem Wesen des Fortschritts und dem Zuschnitt der Gesellschaft neu gestellt und ernsthaft diskutiert werden.“ Wie weit sind wir



davon entfernt? Aber der Schrei nach Veränderung breitet sich aus, weltweit. Vielleicht hat Richard Wagner wirklich diesen Schrei vor 160 Jahren in Wort und Musik gegossen?!

In jedem Fall aber höre ich den Schrei in jenen alten Geschichten: von Schätzen, die der Rost frisst; von Verlorenen, die gesucht werden; vom Unrecht der Mächtigen, von Reichen, die sich schwer tun, von armen, kleinen, leidenden Leuten, die ins Himmelreich kommen ... ! Jacques Gaillot hat gesagt: „Eine Kirche, die nicht ein Zeichen der Hoffnung und der Freiheit für die Verstoßenen ist, muss sich fragen, wie sie denn als Kirche ihre Treue dem Evangelium

gegenüber lebt“. Seine Kirche, die der Papst jetzt wieder als das „universale Heilssakrament“ bezeichnete, hat den Bischof von Evreux 1995 in die Wüste geschickt.

Ich höre Wagner und denke: In die Wüste müssten doch ganz Andere geschickt werden! Zocker und Machtspieler, Spekulanten und Absahner, Waffenhändler und Kriegstreiber, Lebensmittelbetrüger und Gerechtigkeitsverweigerer: Schickt sie in die Wüste!!!!

Ich wünsche mir eine Kirche, die das laut und deutlich sagt. Eine Kirche, die neu fragt, wie wir unsere „Treue dem Evangelium gegenüber“ leben können.



## Ich will die Offene Kirche kennen lernen:

Senden Sie mir bitte ausführliches Informationsmaterial zu:

- Ein Probeexemplar der „anStöße“
- Das aktuelle Wahlprogramm der Offenen Kirche
- Den elektronischen Newsletter (auch im Internet abrufbar)
- Nennen Sie mir bitte den Namen eines Ansprechpartners/in in der für mich zuständigen Bezirksgruppe.

## Ich will die Offene Kirche unterstützen:

- Hiermit möchte ich Mitglied der Offenen Kirche werden mit Stimmrecht bei den jährlichen Mitgliederversammlungen.

## Bei Fragen dürfen Sie sich gerne an die Geschäftsstelle der OFFENEN KIRCHE wenden:

Tel.: 0 73 31-44 18 14  
Mail: geschaeftsstelle@offene-kirche.de

[www.offene-kirche.de](http://www.offene-kirche.de)

## IMPRESSUM

Die Zeitung **anStöße** der Offenen Kirche wird herausgegeben vom Vorstand der Offenen Kirche.

Vorsitzende: Ulrike Stepper  
Ehrenvorsitzender: Fritz Röhm

Geschäftsstelle und Bestelladresse:  
Gunter Kaden, Am Bronnenbühl 2,  
73337 Bad Überkingen,  
Telefon 07331-441814  
geschaeftsstelle@offene-kirche.de

Konten: OK-Konto: Kreissparkasse Ulm,  
Nr. 1661 479 (BLZ 630 500 00);  
AMOS-Preis-Konto: Evang. Kreditgenossenschaft  
(EKK) Stuttgart, Nr. 3690 156 (BLZ 520 604 10).

Redaktion:  
Renate Lück, Rainer Weitzel (V.i.S.d.P.), Eberhard  
Braun. Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder  
und stellen nicht unbedingt die Meinungen der  
HerausgeberInnen oder der Redaktion dar.

Redaktionsadresse:  
Renate Lück, Friedrich-Ebert-Straße 17/042,  
71067 Sindelfingen, renete.lueck@offene-kirche.de

Gestaltung und Satz:  
www.solutioncube.com

Druck:  
Druckzentrum Neckar-Alb

Versand:  
Behindertenzentrum (BHZ),  
Stuttgart-Fasanenhof

Bezug:  
Die Zeitung **anStöße** der Offenen Kirche erscheint  
nach Bedarf. Für Mitglieder der Offenen Kirche  
ist das Bezugsgeld im Mitgliedsbeitrag  
eingeschlossen.

Bildnachweis:  
S. 2 links: solutioncube; S. 2 unten: Christoph  
Pischnier/Diakonie Katastrophenhilfe; S. 3: Renate  
Lück; S. 4: Marlis Haist/Landfrauenverband BaWü;  
S. 5 Mitte: shutterstock; S. 5 rechte Spalte: oben:  
Janssen privat, Mitte oben: Renate Lück, Mitte  
unten: solutioncube, ganz unten: Soller-Britsch;  
S. 6 oben: Eberhard Braun; Plakat: Thomas Öle-  
rich/Friedensdekade; S. 7: Frank Heinrich Müller;  
S. 8: Eberhard Braun

Auflage:  
15.000 Exemplare

Wir bitten ausdrücklich um Zusendung von  
Manuskripten, Diskussionsbeiträgen,  
Informationen, Anregungen und LeserInnen-  
briefen. Die Redaktion behält sich das Recht  
an Kürzungen vor.

**Offene Kirche JK**

Weitere Informationen über die Offene Kirche  
und aktuelle Berichte zu unseren Themen finden  
Sie unter [www.offene-kirche.de](http://www.offene-kirche.de)

## Absender/in

NAME

STRASSE

PLZ/ORT

TELEFON/FAX

E-MAIL

GEBURTSTAG\*

BERUF\*

\*Freiwillige Angabe